

Ärztendiskussion - Münsinger schieben Kassenärztlicher Vereinigung und Pharmaindustrie den Schwarzen Peter zu

Die Schmerzgrenze ist längst erreicht

VON ULRIKE OELKUCH

MÜNSINGEN. Hätte einer der Anwärter auf ein Bundestagsmandat gleich einen niederlassungswilligen Arzt mitgebracht - die Stimmen der Münsinger wären ihm sicher. Doch weil dies so einfach nicht ist, konnten auch SPD-Kandidat Sebastian Weigle, Beate Müller-Gemmeke von den Grünen, Klaus Bucher, Kandidat der Liberalen im Wahlkreis Tübingen, der CDU-Stadtverbandsvorsitzende in Münsingen, Gunter Wagler, und die Linke-Vertreterin und Tübinger Stadträtin Gerlinde Strasdeit bei der Podiumsdiskussion in der übervollen Zehntscheuer nur mit Versprechungen aufwarten, was sie am maroden Gesundheitssystem ändern würden. Stünde es in ihrer Macht.

Einig waren sich alle mit Ärztevertreter Dr. Eberhard Rapp aus Münsingen und seiner Würtinger Kollegin Dr. Susanne Früh, dass es so nicht weitergehen kann. Denn Begriffe wie Kostendeckelung, Regelleistungsvolumen oder Fallzahlenzuwachsbeschränkung haben dazu geführt, dass nicht wirklich Kosten eingespart werden, sondern vor allem auf dem Land niedergelassene Ärzte überbelastet und in ihrer Existenz bedroht sind.

Beides - die bis über die Schmerzgrenze gehenden finanziellen Verluste, wie auch die kaum mehr zu bewältigende Arbeitsflut - machen den Arztberuf, so Susanne Früh, immer noch unattraktiver, weshalb junge Kollegen ins besser bezahlende Ausland abwandern. Dies führt dazu, dass Praxen von in Rente gehenden Landärzten verwaisten: Zwei Praxen im Raum Münsingen stehen bereits leer, weiteren droht dasselbe Schicksal, wenn demnächst für fünf von jetzt noch 22 Ärzten ebenfalls die Rente beginnt.

Noch weniger Ärzte - noch mehr Belastung. Noch weniger Geld für den Doktor, weil es »Strafen« gibt von den Kassen für zu viele Patienten in einer Praxis: So wird die Situation immer unerträglicher - und für den Patienten letztlich auch.

Kann »Agnes« helfen?

Für Gunter Wagler bleibt da nur eines: »Das Gesundheitswesen muss von Null auf neu diskutiert werden.« Bloß daran herumzudoktern, bringe nichts. Sein Rezept: Gemeinschaftspraxen könnten helfen, Kosten zu reduzieren. Nötig sei auch eine Diskussion darüber, wie viel Geld jeder Patient selbst bereit sei, in die Vorsorge zu investieren. Gerlinde Strasdeit, die sich wie Wagler nicht für ein Bundestagsmandat bewirbt, jedoch den Kandidaten ihrer Partei auf dem Podium zu vertreten hatte, reichen für 82 Millionen Menschen und ein funktionierendes Gesundheitssystem die derzeit zur Verfügung stehenden 153 Milliarden Euro nicht aus. Sie fordert eine solidarische Einheitsversicherung, die alle Einkünfte berücksichtige, auch solche aus Grundeigentum. Dem Ärztemangel glaubt Strasdeit durch die im Osten erprobte Kooperation von Ärzten und Pflegefachkräften namens »Agnes« entgegenzutreten zu können: Von lediglich einer Grundsicherung für Bürger hält sie wenig, schließlich sei die Bundesrepublik ein reiches Land.

Ganz anders Klaus Bucher, FDP, der von einer Mindestsicherung für jeden, von individuellen Zusatztarifen, freier Kassenwahl und einer Entkoppelung der Beiträge vom Lohnaufkommen sprach. Aufs Land zu gehen, könne man keinen Arzt zwingen. Die Rahmenbedingungen verändern könne man dagegen schon.

Was ist Grundversorgung? Beate Müller-Gemmeke will diesen Begriff mithilfe der Ärzte definiert wissen. Unter Einbeziehung der Kapitalerträge sprach sie sich für eine Bürgerversicherung und damit für mehr Geld für das Gesundheitssystem aus. Dass zumindest die lauthals gegen die Kassenärztliche Vereinigung, KV, wetternden Münsinger diesen nur Geld kostenden Verband abschaffen wollten, will die Grüne-Kandidatin an so weitergeben. Zu einer wohnortnahen Versorgung und einer »sprechenden«, statt an Geräten orientierten Medizin bekannte sie sich ebenfalls.

Gewaltiger Reformbedarf

Sebastian Weigle hält Investitionshilfe für Ärzte, die sich auf dem Land niederlassen wollen, nicht für abwegig. Auch outete er sich als Freund des Hausarztmodells und einer Positivliste für Medikamente. Ohne gleich die Mehrwertsteuer in Frage zu stellen, wäre so eine Kostensenkung möglich. Einer Bürgerversicherung mit deutlich breiter gefasster Beitragserhebung stimmt Weigle ebenso zu, wie einer Abschaffung der KV. Dass es in dieser Region Ärzte gibt, die um ihre Existenz bangen, stellte Weigle nicht in Frage. Allerdings gebe es »enorme Unterschiede und in jedem Fall einen »gewaltigen Reformbedarf«.

Kräftig genutzt haben die Zuhörer, aber auch viele Ärzte von der Alb, die Möglichkeit, ihrem Ärger über das jetzige Gesundheitssystem Luft zu verschaffen und ihre Solidarität mit den Betroffenen zu erklären. Das allein schon sei ein »guter Anfang«, freute sich darüber Mitorganisator Dr. Eberhard Rapp. (GEA)